

Dresden, 15. Juni 2017

GEFAHR DER GHETTOISIERUNG UND GESELLSCHAFTLICHEN SPALTUNG

Selbst Mindestlohneempfängern bleibt der Zugang zu gefördertem Wohnraum teilweise verwehrt

In Sachsen wird aktuell viel unternommen, um in den Metropolen günstige und hochwertige Wohnungen zu schaffen. „Dieses Engagement begrüßen wir sehr“, erklärt Rainer Seifert, Direktor des vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.. „Allerdings darf es nicht dazu führen, dass breiten Bevölkerungsschichten, die nicht zu den Normalverdienenden gehören, der Zugang zu diesen Wohnungen verwehrt bleibt.“

Nach Berechnungen des vdw Sachsen auf Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und Zahlen des Statistischen Landesamtes haben zum Teil sogar Mindestlohneempfänger keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Ein Ehepaar mit Kind etwa, bei dem beide Partner Vollzeit für den Mindestlohn von aktuell 8,84 Euro die Stunde arbeiten, übersteigt bereits die zulässige Einkommensgrenze. Noch weniger Chancen haben die Menschen, die zwar mehr als den Mindestlohn aber dennoch deutlich unter dem durchschnittlichen sächsischen Bruttomonatsverdienst von derzeit 3.065 Euro erhalten (*Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, IV. Quartal 2016, Vollzeitbeschäftigte Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich*).

Eine alleinstehende Verkäuferin mit einem schulpflichtigen Kind, die 2.000 Euro brutto im Monat verdient, hat zum Beispiel ebenfalls kein Anspruch. Auch der alleinstehende Busfahrer mit einem Gehalt von 2.250 Euro und zwei schulpflichtigen Kindern geht leer aus. Dasselbe gilt für die Familie aus Kellnerin, Koch und zwei Kindern, bei der beide Eheleute jeweils knapp 1.800 Euro brutto erhalten.

„Diese Situation ist nicht gerecht und nicht zu vermitteln“, kritisiert Verbandsdirektor Rainer Seifert. Sollte es hier keine Nachbesserung geben, sieht er die Gefahr einer doppelten Isolation. Wenn die neuen hochwertigen Sozialwohnungen, wie sie in Dresden und Leipzig geplant sind, überwiegend Leistungsempfängern vorbehalten bleiben, so wird diese Gruppe geografisch wie auch vom Standard vom Rest der Mitbürger abgekapselt. Das ist weder für diese Menschen gut, noch für das allgemeine gesellschaftliche Klima. Es müssen deshalb auch diejenigen Zugang zu den Wohnungen haben, die zwar kein hohes Einkommen haben aber einen großen und ebenfalls wichtigen Teil unserer Bevölkerung repräsentieren. „Sie zu vergessen und zu benachteiligen wäre fatal“, erläutert Rainer Seifert.

*Der **vdw Sachsen** Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. vertritt **126 Wohnungsunternehmen**, die mit rund **316.000 Wohnungen** etwa 23,7 Prozent, also fast ein Viertel des Mietwohnungsbestandes in Sachsen bewirtschaften. Lebendig sowie vielfältig sind die kommunalen und genossenschaftlichen sowie privaten und kirchlichen Wohnungs- und Immobilienunternehmen mit unterschiedlichsten Geschäftsmodellen. Sie profitieren von einer starken, verlässlichen Gemeinschaft.*

*Der Verband ist zudem stolz auf seine Anzahl von **20 Fördermitgliedern**. Durch diese mit der Immobilienwirtschaft verbundenen Unternehmen anderer Branchen werden wichtige Schnittstellen geschaffen und Synergieeffekte möglich. Mit einem leistungsstarken Team gut vernetzter Spezialisten nimmt der Verband Einfluss auf wichtige politische Entscheidungen und prägt das Bild der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft im Freistaat Sachsen mit.*